



Kiel, 15. Juni 2017
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 3. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am Mittwoch, dem 14. Juni 2017, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerde gegen § 180 a des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein und gegen § 15 Absatz 5 Satz 4 Telemediengesetz

Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2017 - Az. 1 BvR 1732/14

[Umdruck 18/7615](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Präsidenten zu bitten, gegebenenfalls gemeinsam mit der Landesregierung

- eine Stellungnahme mit der Tendenz, die Klage abzulehnen, abzugeben und
- eine Verfahrensbevollmächtigte oder einen Verfahrensbevollmächtigten zu beauftragen.

2. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer (Piratenfraktion) wegen Organstreitverfahren aufgrund des Wortentzugs in der 140. Sitzung des Landtages

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 23. März 2017 - Az. LVerfG 4/17

[Umdruck 18/7614](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

3. Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 5/17

[Umdruck 18/7608](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei Enthaltung der AfD, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

4. Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen die Ministerin für Schule und Berufsbildung wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 6/17

[Umdruck 18/7609](#)

Der Ausschuss beschloss bei Enthaltung der AfD einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

5. Sitzungstermine 2017

[Umdruck 19/1](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Sitzungstermine bis Ende 2017, [Umdruck 19/4](#).

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 14:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder